

# Wenn der VHS-Kurs zum Verkaufsevent wird

Öffentliche Bildung sollte unabhängig sein. Doch wenn Vermögensberater an Volkshochschulen Seminare leiten, ist schon mal das Gegenteil der Fall

VON BENJAMIN EMONTS

Die Studentin Viktoria Lenz war auf verdachter Recherche, als sie im März ein Online-Seminar der Kreisvolkshochschule Bad Dürkheim besuchte. Der Verdacht: Ein Finanzkurs für junge Leute könnte eine verkappte Verkaufveranstaltung sein. Lenz wählte sich ein und notierte eifrig mit, was ihr auffiel – und das war durchaus brisant. Die Dozentin, eine Vertreterin der Deutschen Vermögensberatung, soll sich beim Thema Riesterreife mit einer Kursteilnehmerin „die Bälle zugespielt“ haben, so protokollierte es die Studentin. Nach dem Seminar schickte sie obendrein umfragt persönliche Beratungsangebote in die Runde. Trotz ihrer Vorahnung war die Studentin „ziemlich schockiert“, wie sie heute versichert. „Für mich war das nichts anderes als Kaltakquise“, so sagt sie. „Zum Glück wusste ich Bescheid, sonst hätte ich womöglich Tausende Euro bei der Frau investiert.“

Lenz, 27, richtete später eine Beschwerde an die Kreisvolkshochschule – ihre Geschichte sollte noch Konsequenzen haben, so viel vorweg. Ein Einzelfall dürfte sie jedoch nicht sein. Insgesamt gibt es in Deutschland knapp 900 Volkshochschulen mit 3000 Außenstellen. Pro Semester finden allein im Bereich Ökonomie, Recht und Verbraucherbildung rund 1950 Seminare dort statt. Auch Verbraucherschützer gehen entsprechend davon aus, dass Finanzvermittler nicht nur in Bad Dürkheim die öffentlichen Bühnen der Volkshochschulen nutzen, um Kunden zu akquirieren oder Mitarbeiter für Schneeballsysteme zu gewinnen.

Als besonders verhängnisvoll werden solche Fälle empfunden, da Volkshochschulen einen öffentlichen Bildungsauftrag zu erfüllen haben. Ihre Träger sind in der Regel Gemeinden, Städte, Landkreise, Zweckverbände oder gemeinnützige Vereine, sprich öffentliche Organe, die neben Zuschüssen von Bund und Ländern einen Großteil der Ausgaben stemmen. Nur zu einem Drittel werden Volkshochschulen über Kursgebühren finanziert, das zeigen Zahlen des „Deutschen Volkshochschulverbandes“ in Bonn. Der Anspruch des Steuerzahlers ist im Gegenzug, dass VHS neutrale und unabhängige Bildung ermöglichen sollten.

## Für die Auswahl der VHS-Kursleiter gibt es keine gesetzlichen Richtlinien

Diesen Anspruch aber könnten sie vielerorts nicht erfüllen, diesen Verdacht legt nun eine Projektarbeit an der Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft in Ludwigshafen nahe. Initiiert hat sie der Verhaltensökonom und Hochschullehrer Hartmut Walz, der sich seit Jahren gegen den Einfluss von Finanzvermittlern an Universitäten engagiert. Walz war es auch, der die Studentin Viktoria Lenz im März auf die geheime Recherche an der KVHS Bad Dürkheim entsandte, nachdem er Hinweise erhalten hatte, dass die Dozentin Eigenwerbung betreiben könnte. Das alarmierende Ergebnis nahm er zum Anlass, um mit sei-

nen Studierenden die Angebote der Volkshochschulen genauer zu prüfen. In der Projektarbeit durchforsteten 27 Studierende im Internet Kurse und Vorträge in den Bereichen Finanzen, Altersvorsorge und Immobilien. Ihr Augenmerk lag dabei stets auf der Frage, ob gewerblich arbeitende Finanzvermittler dozierten.

Die Studie, das zur Einordnung, kann keine Aussagen über die Qualität der Seminare treffen, da nur Angebote des kommenden Semesters überprüft wurden: Ob dort Verkaufsinteressen verfolgt werden, bleibt reine Vermutung. Dennoch wirft die Untersuchung ein bemerkenswertes Schlaglicht auf die Auswahl der Dozenten an Volkshochschulen. Bei 54 überprüften Kursangeboten wurde 24 Mal ein potenzielles Verkaufsinteresse der Kursleiter festgestellt. Aufgelistet sind 22 Volkshochschulen in elf Bundesländern. Sie sitzen in Berlin, Stuttgart, München ebenso wie in Kleinstädten namens Schleswig, Hochtaunus oder Kaufbeuren im Allgäu.

## Volkshochschulen sind finanziell oft zu schlecht ausgestattet

Hochschullehrer Walz ist sich sicher, dass die Untersuchung nur die Spitze des Eisbergs präsentiert – jene „krassen Fälle, in denen der Bock als Gärtner arbeiten darf“. Die Studie offenbart eine breite Palette von Dozenten mit möglichem Verkaufsinteresse.

So hält in Wolfsburg ein Immobilienhändler ein Seminar über die angeblich oder tatsächlich richtige Immobilienfinanzierung; in Heilbronn referiert ein Vertreter einer Versicherungsgesellschaft darüber, wie junge Leute Vermögen aufbauen könnten, und im Hochtaunus gibt ein Versicherungsmakler eine Finanz-Sprechstunde, in der Eltern sich über die demnach besten Versicherungen für ihre Kinder schlau machen können. Vom selbständigen Anlageberater bis zum Mitarbeiter einer Bank ist fast alles vertreten, was Investments verkauft, um selbst zu verdienen.

Wie aber kann es sein, dass diese Personen an öffentlichen Volkshochschulen vortreten dürfen? Dafür gibt es mehrere Gründe. Zunächst muss man wissen, dass es keine gesetzlichen Richtlinien für die Auswahl der Kursleitenden gibt. „Die Auswahl der Themen und Lehrkräfte erfolgt durch die jeweilige Einrichtung vor Ort“, teilt der Deutsche Volkshochschulverband mit. Der Finanzexperte Niels Nauhauser von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg gibt auch der Politik eine Mitsprache an den zwickeligen Bildungsangeboten. Sie heiße Partnerschaften mit gewerblichen Finanzvermittlern nicht nur gut, sondern rufe aktiv dazu auf, wenn etwa die Kultusministerkonferenz die Öffnung der Bildung für alle gesellschaftlichen Akteure verkünde. So seien Kooperationen mit örtlichen Sparkassen längst nicht mehr ungewöhnlich und würden sogar befördert, „obwohl diese natürlich von kommerziellen Interessen bestimmt sind“.

Als weiteres Problem sieht Nauhauser die mangelnden finanziellen Mittel der Volkshochschulen, um unabhängige Kurs-



Wenn ein Anlageberater einen Kurs zum Vermögensaufbau leitet, könnte dessen Unabhängigkeit zumindest fraglich sein, warnen Kritiker.

FOTO: IMAGO IMAGES/SHOTSHOP

leiter gewinnen zu können. So bekundet etwa die Stadt Schleswig, dass sie sich unabhängige Dozenten nicht leisten könne, wenn es sie denn überhaupt gäbe. Nauhauser sieht hier den Staat in der Pflicht. „Die Volkshochschulen sind nicht zuletzt finanziell in die Lage zu versetzen, anbieterunabhängige Dozentinnen für ihre Programme zu akquirieren. Andernfalls können sie ihrem Bildungsauftrag nicht nachkommen.“ Verbraucher rät Nauhauser, sich gut über Dozenten zu informieren, bevor man deren Kurse besucht.

Konfrontiert man die Träger der Volkshochschulen mit der Studie, so hält sich das Problembewusstsein in Grenzen. Die meisten sehen keine Gefahr darin, dass gewerblich arbeitende Finanzhändler an ihren Volkshochschulen referieren. Sie nennen dafür auch Gründe. Bereits in Vorgesprächen würde Kursleitenden klar kommuniziert, dass sie keine Eigenwerbung machen oder Kunden akquirieren dürfen – auch vertraglich sei dies fixiert. Zur Kontrolle dienten Evaluationen und regelmäßige Hospitationen in den Seminaren. Bei Verstößen würden Dozenten umgehend aus dem Verkehr gezogen, betonen die Volkshochschulen.

Verbraucherschutzministerien etwa in Bayern oder Baden-Württemberg haben, so die Auskunft, keine Beschwerden über „VHS-Verkaufsveranstaltungen“ vorliegen. Dass sie das Problem auf dem Schirm haben, zeigen jedoch wegweisende Initiativen, die sie forcieren. In Baden-Württemberg läuft zum Beispiel ein Pilotprojekt namens „Verbraucherbildung für Erwachse-

ne und Familien“. Der Volkshochschulverband Baden-Württemberg sichert dem Ministerium darin zu, keine Dozenten einzusetzen, die gewerbsmäßig im Bereich Finanzen und Vorsorge arbeiten. Stattdessen wird verstärkt auf Fortbildungen und Dozenten aus der Verbraucherzentrale gesetzt. Im Projekt „Verbraucherbildung Bayern“ wiederum steht das Verbraucherschutzministerium für „Neutralität und Qualität“ der Angebote an diversen Standorten ein. Doch bisher beteiligen sich lediglich 13 Volkshochschulen an der Initiative. Was also kann die Studie der Studenten be-

wirken? Der Deutsche Volkshochschulverband verspricht immerhin, dass er Volkshochschulen künftig noch besser über die Gefahr von Interessenkonflikten informieren wolle und bei der Darstellung der Vita der Kursleitenden auf mehr Transparenz hinwirken werde. In diesem Punkt besteht in Bad Dürkheim wie bei fast allen Volkshochschulen nämlich Nachholbedarf: Die Online-Beschreibungen der Kurse lassen meist keine Rückschlüsse auf den beruflichen Hintergrund der Dozenten zu. Aus dem Finanzkurs für junge Leute aber haben sie in Bad Dürkheim Konsequenzen ge-

zogen. Die Gebühr von fünf Euro wurde den Kursteilnehmern erlassen. „Die Dozentin wird aufgrund der vertraglichen Pflichtverletzung nicht mehr zum Einsatz kommen“, teilt die Kreisverwaltung mit. Die Dozentin selbst schreibt der SZ, dass ihr schriftliches Gesprächsangebot nur als zusätzliches Informationsangebot gemeint gewesen sei. „Mir war es ein Anliegen, jungen Menschen die Themen Finanzen und Vorsorge und deren Wichtigkeit näher zu bringen.“ Glaubt man der Studentin Viktoria Lenz, hat sie dieses Ziel deutlich verfehlt.